

Sprechzettel zur Landespressekonferenz, Düsseldorf, 15.12.09

Anlässlich der Vorstellung des Offenen Briefs an die Landesvorsitzenden von CDU und FDP

Pfr. Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der EKvW

Anrede

Heute rufen wir in einem offenen Brief die CDU- und FDP- Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen dazu auf, Klimaschutz als gewichtiges Ziel im Gesetz zur Landesentwicklung (LEPro) zu belassen.

Unsere Initiative wird von der Klimaallianz getragen. Zu den Unterstützern zählen neben Umweltverbänden wie der BUND und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) auch die Evangelische Kirche von Westfalen, die Lippische Landeskirche und das katholische Hilfswerk Misereor.

Worum geht es konkret?

Auf Betreiben der CDU- und FDP- Fraktionen im Landtag soll der §26 des Landesentwicklungsgesetzes ersatzlos gestrichen werden. Dieser Paragraph regelt die allgemeinen Ziele der Raumordnung und Landesplanung im Bereich der Energiewirtschaft. Zur Disposition stehen klimapolitisch bedeutsame Ziele wie die Nutzung aller Möglichkeiten zur Energieeinsparung, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz z. B durch Kraft-Wärme-Kopplung.

Diese Gesetzesänderung soll am 16. Dezember in 2. Lesung im Landtag beschlossen werden. Sie wird damit zu einem „makaberen“ Beitrag NRW's zur beginnenden Schlussphase der Klimaverhandlungen in Kopenhagen.

Warum engagieren sich Kirchen und kirchliche Einrichtungen in dieser Sache?

Lassen sie mich das persönlich formulieren. Ich komme gerade aus Kopenhagen. Ich habe dort mit anderen Vertretern der Kirche in einer internationalen Kirchendelegation als Beobachter an den Verhandlungen teilgenommen.

Für uns als Kirchen ist der Klimawandel eine strukturelle Ungerechtigkeit. Er ist ein gigantischer Angriff auf Menschenrechte, Menschenwürde und eine gerechte Weltgemeinschaft. Von daher geht es in Kopenhagen nicht nur um ökologische Problemlösungen. Es geht um Teilhabegerechtigkeit an den Umweltgütern und – dienstleistungen! Klimaschutz ist die Voraussetzung für faire Entwicklungschancen für die Menschen des Südens und nachfolgende Generationen.

Ich habe in Kopenhagen persönlich erlebt, wie sehr um ein völkerrechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen gerungen wird.

In den vielen Gesprächen mit unseren Partnern aus Afrika und den kleinen Inselstaaten, Menschen die bereits heute extrem unter den Klimaveränderungen leiden, wurde immer wieder deutlich: Kopenhagen wird nur eines zum Erfolg führen: das ist ein vorangehendes, glaubwürdiges Handeln der Industrieländer. Die Industrieländer haben mit 80 % (historisch betrachtet) den Hauptanteil am Klimawandel. Das bedeutet zu allererst: ambitionierte Ziele und eine konsequente Umsetzung dieser Ziele in den Industrieländern.

Die Verhandlungen von Kopenhagen stehen auf des Messers Schneide und die Regierungsparteien von Nordrhein-Westfalen gehen hin und wollen den Klimaschutz streichen! Ich frage mich: kann das denn wahr sein?!

Mit der Streichung von Klimaschutzzielen aus dem Gesetz zur Landesentwicklung (LEPro), namentlich des § 26, gehen für die Bewahrung der Schöpfung, für den Klimaschutz unverzichtbare ordnungspolitische Rahmensetzungen verloren, Das widerspricht nicht nur den auf internationaler Ebene bereits vereinbarten Klimazielen, sondern auch den Klimaschutzzielen der Bundesregierung. Die geplante Gesetzesänderung ist ein falsches und rückwärts gewandtes politisches Signal. Sie ist eine fatale Botschaft an den Weltklimagipfel in Kopenhagen, der gerade in seine entscheidende und politisch schwierige Phase tritt. NRW untergräbt Deutschlands Glaubwürdigkeit und Verhandlungsposition für ein faires Abkommen. Wir rufen daher Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart dazu auf, auch in NRW landespolitisch alles zu tun, um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern. Streichen Sie nicht den Klimaschutz im Landesplanungsrecht, sondern setzen Sie Klimaschutz in NRW konsequent und ambitioniert um!"

Wir wissen, dass die Streichung des Paragraphen 26 im LEPro auf die Genehmigungsfähigkeit bestehender, im Bau befindlicher und geplanter Kohlekraftwerke abzielt.

Zusammen mit der Klimaallianz sprechen wir uns als Evangelische Kirche von Westfalen für ein Moratorium beim Neubau von Kohlekraftwerken aus. Es ist richtig, dass der Wirkungsgrad von Kraftwerksneubauten im Durchschnitt um 10-15% höher ist als der alter Anlagen. Aber durch neue Kraftwerke wird dennoch ein so hoher CO₂-Ausstoß dauerhaft festgeschrieben, dass die notwendige Reduktion der CO₂ Emissionen in Deutschland um mind. 80% bis 2050 u. E. nicht zu erreichen sind. Wir bezweifeln, dass mit dem expansiven Neubau von Kohlekraftwerken der angestrebte Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien bis 2050 erreicht werden kann.

Ein Moratorium beim Neubau von Kraftwerken würde Zeit schaffen, verlässlich zu klären, welchen klimaschonenden Energiemix Deutschland braucht und ob dafür überhaupt noch weitere Kohlekraftwerke nötig sind. Die Klimaallianz bezweifelt das.